

Sachverständigenrat empfiehlt unbürokratische Einstellung ausländischer Fachkräfte

Arbeitgeber sollen künftig schnell und unbürokratisch Fachkräfte aus dem Ausland einstellen können. Das empfiehlt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) der neuen Bundesregierung in einem Dringlichkeitskatalog. Als Gegenleistung müssten die Unternehmer einmalig eine sogenannte Zuwanderungsabgabe in Höhe von etwa 20 Prozent des Jahresgehalts der neuen Fachkraft an einen Fonds zahlen. Mit dem Geld sollen Arbeitskräfte in Deutschland weiterqualifiziert werden. "Diese neue Idee würde allen helfen: den Arbeitgebern, die heute oft monatelang für die Arbeitserlaubnis dringend benötigter Fachkräfte kämpfen müssen, genauso wie den Niedrigqualifizierten in Deutschland, die ihre Job-Chancen durch Weiterbildung steigern können", sagt der Migrationsforscher Klaus J. Bade, Vorsitzender des unabhängigen wissenschaftlichen Beratungsgremiums. Die neunköpfige Expertengruppe rät der Bundesregierung außerdem, für besonders erfolgreich integrierte Einwanderer eine "Turbo-Einbürgerung" mit einer Wartezeit, die auf vier Jahre reduziert ist, einzuführen. Zudem müsste die Bleiberechtsregelung für Geduldete aus humanitären Gründen über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängert werden. Der Sachverständigenrat fordert auch, die sogenannte Optionspflicht für fünf Jahre auszusetzen. Nach dem im Staatsangehörigkeitsgesetz geregelten Optionsmodell müssen sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern aus Nicht-EU-Ländern, die die Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen, spätestens bis zum 23. Lebensjahr für den deutschen oder den ausländischen Pass entscheiden. Der SVR ist eine gemeinnützige Organisation, die von acht Stiftungen getragen wird.